

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 36

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

len die Abgeordneten in den KPdSU-Kongress. Und all diese Körperschaften bestimmen erst ihre Exekutivbehörden, deren Existenz sich demnach auf ein mehrstufiges, kompliziertes Wahlverfahren gründet. (Die Einzelheiten werden in verschiedenen Artikeln von Statut und Entwurf geregelt.)

Die Ausschaltung der Opposition

wird nicht nur durch die enge Begriffssetzung von Diskussion und Kritik garantiert. Wie alle seine Vorgänger betont auch das geltende Statut als wichtigste Pflicht der Mitglieder die Wahrung der Einheit der Partei (§ 3, a). Dazu erklärt der neue Entwurf schon in seiner Einführung, dass «jede Erscheinung von Fraktions- und Gruppenbildung mit der marxistisch-leninistischen Parteauffassung, mit der Parteimitgliedschaft unvereinbar» sei. Das Gebot der Parteieinheit wird in Paragraph 2, Absatz a, formuliert, ebenso die Pflicht auf strikte Ausführung von Parteibeschlüssen und Verfügungen.

Wer aber der Parteilinie nicht folgt, oder die Parteimoral, das Statut oder das Programm verletzt, kann vom Komitee für Parteikontrolle (siehe KB Nr. 29) ausgeschlossen werden (Statut, § 35 — Entwurf, § 40.)

Republiken als Verwaltungseinheiten

Ausser acht gelassen werden die Ansprüche der nationalen KPs auf Unabhängigkeit oder wenigstens eine breite Autonomie. Vor 1952 nannte man noch eine Republik-KP eine «nationale KP». Doch wird jetzt die föderalistische Parteistruktur grundsätzlich abgelehnt. Die Zentralkomitees der einzelnen republikanischen KPs sind dem ZK der KPdSU unterstellt und haben die gleichen Rechte, wie Gebiets- oder Grenzgebietskomitees (Statut und Entwurf, Kapitel 5). Die Parteimitglieder werden im Entwurf (§ 2, d) verpflichtet, gegen die Ueberreste von Nationalismus und Chauvinismus zu kämpfen.

Hingegen wurde der russischen KP angesichts ihrer besonderen Rolle eine Vorrangstellung eingeräumt: im Sinne des Beschlusses des 20. Parteikongresses wurde das ZK der KPdSU im Entwurf (§ 39) ermächtigt, in seinem Rahmen ein Büro für die RSFR zu errichten.

Frau Nina Chruschtschew hat erstmals einen offiziellen repräsentativen Posten erhalten, und zwar in der Koexistenzpolitik mit den USA, die laut ihrem Gatten als Hauptstütze des internationalen Imperialismus und Neokolonialismus rücksichtsloser als je bekämpft werden müssen. Am 31. August wurde in Moskau das Institut für sowjetisch-amerikanische Beziehungen gegründet. Präsident ist N. N. Blochin, Vorsitzender der Medizinabteilung in der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, erste der 16 Vizepräsidenten ist Frau Chruschtschew. Das Institut will sich in erster Linie an Wissenschaftler, Künstler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den Vereinigten Staaten wenden, deren Bürger durch Aufrufe zur «friedlichen Koexistenz zwischen zwei Staaten unterschiedlicher sozialer Systeme» bearbeitet werden sollen. Geplant sind ferner «gemeinsame freundschaftliche Aktionen, um das herrschende Misstrauen zu überwinden».

«Statistik»

Sowjetunion

Kurve ins Blaue

Die hier wiedergegebene Zeichnung mit der wostokhohen Kurve über die Zunahme der Arbeitsproduktivität stammt aus dem illustrierten Monatsblatt der Sowjetbotschaft in Wien. Sie basiert auf den Versprechungen des Parteiprogrammes bis 1980 und findet ihre ungezählten Pendants in Darstellungen der ganzen kommunistischen Presse, gewidmet allen Gebieten, von der industriellen Erzeugung an bis zur Freizeitgestaltung.

Zum sachlichen Wert dieser Prognosen lässt sich soviel oder sowenig sagen wie man will. Einerseits dienen sie als Perspektivplan vagster Art für die Siebenjahrespläne und entsprechen somit, wenn schon nicht immer realen Möglichkeiten, doch halbwegs realen Absichten. Andererseits sind sie Propaganda und Zukunftsmusik mit bewusster Täuschungsabsicht. Das gilt insbesondere für die verminderte Arbeitszeit (gegenwärtig wird die Arbeitszeit als «Geschenk» für den Parteikongress vom Oktober erhöht), da die ausfallenden Werkstunden durch den «freiwilligen gesellschaftlichen Aufbau» mehr als nur wettgemacht werden.

Was die Produktionspläne angeht, so hat man sie zwar ernst, aber noch lange nicht wörtlich zu nehmen. Das jetzige Parteiprogramm sieht etwa vor, die Industrieproduktion der USA bis 1975 einzuholen. Das gleiche Ziel aber war 1958 bis zum Ende des Siebenjahresplanes gesteckt worden, nämlich 1965. Wobei ein Siebenjahresplan sicherlich seriöser ist als das in mancher Hinsicht offensichtlich utopische Parteiprogramm (Sowjetische und durchaus kommunistische Ingenieure zuckten lächelnd mit den Achseln, als man sie bei einem Aufenthalt im Westen fragte, ob sie an die Erfüllung aller Programmprognosen glaubten).

Diese Darstellung für österreichische Bewunderer aber scheint uns deshalb besonders pikant und aktuell zu sein, weil sie kurz nach der Veröffentlichung der «Woprosi Ekonomiki» (offizielle Zeitschrift des Wirtschaftsinstituts der sowjetischen Aka-

demie der Wissenschaften) erschien, wo die Arbeitsproduktivität zwischen den USA und der UdSSR zuungunsten der letzteren verglichen wurde (siehe KB Nr. 34 und 35). Der Botschaftskommentator hat übrigens die einschlägige Fachliteratur seines Landes schlecht studiert, denn er gibt für das Verhältnis USA — UdSSR andere Zahlen («doppelt so hoch») an als «Woprosi Ekonomiki» (250 bis 300 Prozent der sowjetischen Arbeitsproduktivität). Oder — was wahrscheinlicher ist — er hat die Zahlen von sich aus verbessert.



Das Witzchen

Die von «Kommunist» (26. August) gezeichnete Zukunftsvision ist — das ist der Unterschied — auch als Witz gemeint. So manierlich wird es bis dahin zugehen, wie aus dem mitgegebenen Dialog ersichtlich: «Um Verzeihung bitte, was ist denn dort los?» — «Es heisst, jemand habe ein Zündholz aufs Trottoir geworfen.»

Nun, vielleicht wird der Zustand noch Wirklichkeit. Wenn nämlich Zündhölzer solche Mangelware würden, dass man sie selbst in gebrauchtem Zustand nicht wegwürfe. Das würde der kommunistischen Realität bezüglich Verbrauchsgüter schon bedeutend ähnlicher sehen.

Entwicklungshilfe

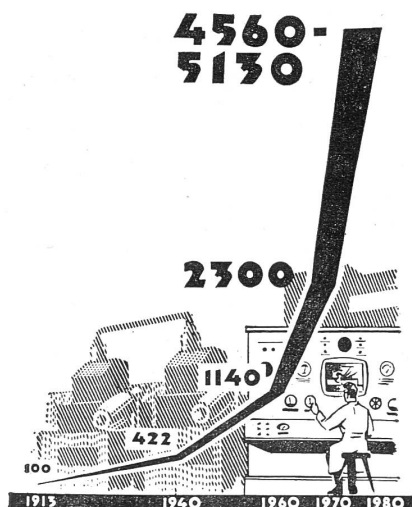
Guinea

Schneepflüge

Zwei Schneepflüge gehören zu den Gegenständen der sowjetischen Entwicklungshilfe, über deren Verwendbarkeit man sich im tropischen Guinea den Kopf zerbricht. Sie stammen von einem Betrieb, der den Auftrag erhalten hatte, dem befreundeten afrikanischen Staat zwei komplette Einrichtungen für Strassenräumung und Wegmacherarbeiten zu senden. Wozu nach Auffassung der staatlichen Industriellen auch Schneepflüge gehören.

Es ist eines von mehreren Beispielen, bei welchen sich in Guinea Unzufriedenheit mit unbrauchbaren oder wenig brauchbaren sowjetischen Lieferungen zeigt, wenn sich auch keineswegs daraus schliessen lassen kann, dass Sekou Touré etwa seine Wirtschaftskontakte mit der Sowjetunion abbrechen würde. Immerhin glaubt man im Westen einige Zeichen von Ernüchterung festgestellt zu haben (die man nicht überbewerten darf; andere Indizien sprechen für einen weiteren Ausbau der Beziehungen mit dem Ostblock).

Andere Exempel wenig angepasster Lieferungen aus dem Ostblock: An der Strasse, die Conakry mit seinem Flughafen verbindet, stehen einige Tausend WC-Schüsseln. Moskau hatte 10 000 Stück einschiffen lassen, aber ohne Sitze, Deckel oder irgendwelchen sonstigen Zubehör. Oder:



Wachstum der Arbeitsproduktivität in der UdSSR (In Prozenten des Jahres 1913).

Aus den Comecon-Staaten sollen eine Million Schraubenzieher (die Zahl ist allerdings nicht bestätigt) nach Guinea verschifft worden sein. Für eine Bevölkerung von weniger als drei Millionen ist der Bedarf sicher mehr als übergedeckt.

Selbstverständlich handelt es sich dabei um krasse Fälle. Doch mehren sich die Klagen auch über weniger spektakuläre Fehlgriffe der kommunistischen Unterstützung. So lassen nach Ankunft von Maschinen und Geräten die nachzuliefernden Ersatzteile und Reparaturausrüstungen lange und manchmal dauernd auf sich warten. (Hier mag freilich eine Rolle spielen, dass unsachgemässe Behandlung durch die einheimischen Bezüger einen vorzeitigen Verschleiss mit sich bringt.)

Gewiss schicken die Ostblockstaaten mit den Installationen auch Installateure. Was aber diesen Technikern (die zugleich propagandistische Aufgaben zu erfüllen haben) aber weitgehend zu fehlen scheint, ist die Möglichkeit, sich leicht verständlich zu machen, da ihr Französisch vollständig ungenügend ist (von vier tschechischen Technikern beherrsche nur einer die Sprache wirklich).

Aehnliche Beobachtungen lassen sich übrigens auch in Ghana machen, wie dem KB kürzlich ein ghanesischer Student versicherte. Dort fehlt es den kommunistischen Spezialisten am Englischen.

Diese Gründe sind es in erster Linie, welche gegenwärtig sowohl in der Sowjetunion als auch in den Satellitenstaaten zu einer starken Aufwertung des Fremdsprachenunterrichts führen, das in sämtlichen Schulprogrammen (neuestes Beispiel: RSFSR) als dringende Forderung erwähnt wird.

Die kommunistischen Staaten haben in dieser Beziehung offensichtlich an Terrain aufzuholen. Die gewaltigen Anstrengungen aber, die sie dem Bildungswesen generell widmen, lassen erwarten, dass sie es auch tun werden.

Militär

Tschechoslowakei Kriegsvorbereitungen

Prag rüstet auf den totalen Krieg. Tatsächlich bietet heute die Tschechoslowakei ein besonders deutliches Beispiel dafür, wie im Ostblock ungehindert aller Friedenslogos die totale Kriegsbereitschaft dem Volke gepredigt und anerzogen wird. Die Zielsetzung einer militaristischen Durchdringung des Volksbewusstseins ergibt sich aus einem Bericht über die grosse paramilitärische Organisation des Landes, der kürzlich erschienen ist.

Das neue Verteidigungsgesetz (siehe «Kriegsgesetz», KB Nr. 22) hat «Svazarm», den Verband zur Popularisierung der Armee und zur Zusammenarbeit zwischen Militär und Bevölkerung, zu einer halbstaatlichen Institution mit verfassungsmässig bestimmten Aufgaben erhoben. Ziel dieser Massenorganisation ist die geistige und praktische Schulung der gesamten Einwohnerschaft für die totale Auseinandersetzung mit dem «kapitalistischen Imperialismus», mit der absolut sicher gerechnet wird.

Svazarms offizielle Zeitschrift «Obrance Vlasti» («Der Vaterlandsverteidiger») verkündet unter anderem:

«Ein anti-imperialistischer Krieg setzt eine breite Entfaltung der Partisanenbewegung voraus. Von grösster Bedeutung ist daher die Wehrbereitschaft der gesamten Bevölkerung und ihre Fähigkeit, mit der Waffe in der Hand zu kämpfen und unter erschwerten Lebensbedingungen durchzuhalten. Unsere Wehrorganisation hat sich zum Ziel gesetzt, nicht nur ihre Mitglieder (bereits zwei Millionen unter den 15 Millionen Einwohnern der CSSR), sondern alle Bürger auf diese wichtige Aufgabe vorzubereiten.

Infolge der Entwicklung der modernen Kriegstechnik erscheinen die Unterschiede zwischen Front und Hinterland vollkommen verwischt. Somit muss die Bevölkerung vorbereitet sein, nötigenfalls mit der Waffe in der Hand einzugreifen.» Dass dieser bewaffnete Bevölkerungseinsatz dem internationalen Kriegsrecht widerspricht, stellt nur einen der offenen Rechtsbrüche mehr dar, mit denen sich der kommunistische Machtblock auszudehnen sucht. Im weiteren bespricht der Artikel ausführlich die Verdienste «Svazarms», die Jugend mit den Waffen vertraut zu machen und sie für den aktiven Wehrsport zu gewinnen. In letzter Zeit fördere der Verband insbesondere den Aufenthalt in der Natur als Vorbereitung für den Partisanenkrieg. «Die Ausrichtung der militärischen Ausbildung bei den imperialistischen Grossmächten ist ein Zeichen dafür, dass man im Ernstfall mit einer inneren Front rechnen muss.» Nebst der Bedeutung des Hinterlandes unterstreicht die Zeitung auch die Bedeutung der wirtschaftlichen Koordination. Voraussetzung dafür sei die Einheitlich-

keit, wie sie in den sozialistischen Staaten des Warschauer Paktes bestehe, wo alle Mitglieder einander im Sinne des proletarischen Internationalismus brüderlich unterstützten. Die einzelnen Staaten würden nur als Teile eines einheitlichen Militärsystems in Erscheinung treten, die Einheitlichkeit sei in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht gewährleistet. Bei der Nato dagegen könne man wirtschaftlich von keiner Einheit sprechen, nicht einmal innerhalb eines Landes, weil die Klassenunterschiede und «Monopolinteressen» dem entgegenwirkten. Besonders hervorgehoben werden die Unterschiede bei den Streitkräften der «imperialistischen Staaten»: «Obwohl die Nato seit zehn Jahren besteht, bleibt sie in die Armeen der Mitgliedstaaten aufgespalten, was kaum zu einem einheitlichen Einsatz befähigt. So bestehen in ihren Armeen 24 verschiedene Panzertypen, im Unterschied zu den Ländern des Warschau-Paktes, wo es nur fünf gibt.»

Der «Kampf um Sein oder Nichtsein», so heisst es bestimmt, werde beiderseits mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln total geführt werden.

Chruschtschews Vorbereitungen zum totalen Krieg sind im Ostblock keine isolierte Erscheinung.

Einen Omnibus für zwei Enten erwarb die Geflügelzuchtfarm eines Kollektivs in Libus (in der Nähe Prags). Ueber den Handel berichtete in einem sarkastischen Artikel die Gewerkschaftszeitung «Prace»: Zwei Angestellte der Prager Vrsovice Niederlassung der tschechoslowakischen «Autorepa-

Beinahe letzte SEATO-Hoffnung: Thailand

Staats- und Regierungsform: Konstitutionelle Monarchie. Seit 1959 ist eine provisorische Verfassung in Kraft, die der Regierung grösste Vollmachten einräumt. Das Einkammerparlament setzt sich aus gewählten und ernannten Mitgliedern zusammen (laut alter, 1958 suspendierter Verfassung). Politische Parteien sind seit drei Jahren interimistisch verboten. Die innenpolitische Regierungslinie ist wohl antikommunistisch (auch in Thailand gibt es organisierte Rebellengruppen), aber auch allgemein anti-oppositionell.

Staatsoberhaupt ist König Phumiphon Aduldet (gekrönt 1950), sein von ihm ernannter Regierungschef Marschall Sarit Thanarat.

Fläche: 513 520 Quadratkilometer.

Einwohner: 23 Millionen.

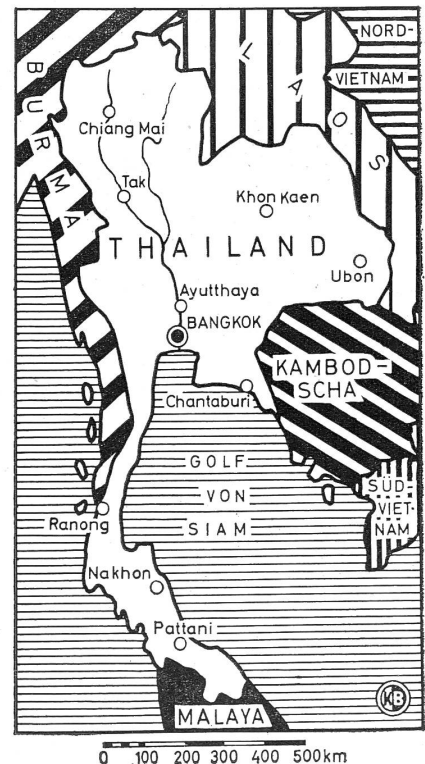
Bevölkerung: Grossteils Thai-völker (Siamesen, dann Schan und Lao), ausserdem sind der Herkunft nach 15 Prozent Chinesen und gut drei Prozent Malaier.

Staatssprache: Siamesisch, Handelsprache: Englisch.

Religion: Ueberwiegend Buddhisten, im Süden etwas Mohammedaner. Gut 100 000 Christen (vor allem Katholiken).

Hauptstadt: Bangkok (Krung Thep), 1,5 Millionen Einwohner.

Wirtschaft: Landwirtschaft beschäftigt über 90 Prozent der Einwohner. Reis macht beinahe die Hälfte des gesamten Exportwertes aus. Weitere Ausfuhr: Kautschuk, Zinn, Holz.



Mitgliedschaft: Uno, Seato, Colombo-Plan, Bandung Staaten.

raturwerkstätten» (einem staatlichen Betrieb) hatten sich für je einen guten Braten zur Gratislieferung des Gefährts bestechen lassen. Dass das Abenteuer mit sechs Monaten Gefängnis für die Fehlbaren endete, ist weniger bemerkenswert als die Tatsache, dass man, laut «Prace», «lange Zeit brauchte», bis das Geschäft bemerkt wurde. Es wurde trotz dem Protest der Geflügelzuchtfarm rückgängig gemacht.

Produktion

China

Sonnenenergie

scheint eine überraschend grosse Rolle in der chinesischen Industrieproduktion zu spielen und wird an Bedeutung vielleicht noch gewinnen. Aus Schanghai meldet die Agentur «Hsin Hua»:

«Ueber 80 Fabriken in Schanghai sind bemüht, die Sonnenenergie für Kochzwecke und Erhitzung des Wassers nutzbar zu machen, und führen auf diesem Gebiet Forschungen durch. Mit Hilfe der wissenschaftlichen Abteilungen haben einige Werke ihre Ausrüstung und ihre Arbeitsmethoden verbessert. In vielen Firmen wurden ausserdem ad hoc-Versammlungen abgehalten, um über die Verwendung der Sonnenenergie und über die Popularisierung der Verfahren Erfahrungen auszutauschen.

Eine vor drei Jahren erbaute Fabrik für Sonnenenergie-Instrumente produziert neuartige Apparate, mit welchen die Sonnenenergie für Koch-, Destillations-, Sterilisierungszwecke und Pump-Anlagen nutzbar gemacht wird. In vielen Betrieben sind die Duschräume mit Anlagen, die von der betreffenden Fabrik hergestellt wurden, ausgestattet. Sonnenenergie-Pumpen, Öfen, Brenner-Installierungen wurden bereits in China eingeführt.»

Laut jugoslawischen Presseberichten sind die chinesischen Stadtkommunen in Rückbildung begriffen, da sie sich in der Praxis nicht bewährt hätten. Nicht nur sei die Kampagne zur Bildung neuer urbanen Volkskommunen (die Bewegung hatte im letzten Herbst ihr grösstes Ausmass erreicht) völlig eingestellt worden, auch die bereits erzielten «Errungenschaften» wie gemeinsamer Kinderhort, gemeinsames Essen, organisierte Dienstleistungen (Waschen, Flicker usw.) innerhalb der Kommunen seien weitgehend fallen gelassen worden. Das bezieht sich offensichtlich auf die Quartierkommune, dem häufigsten der drei Haupttypen städtischer Volkskommunen. Bei den andern Typen handelt es sich um Kommunen, die um Industrien oder um Universitäten, Verwaltungszentren usw. gebildet wurden, wobei es Ubergangsformen gab.

Persönlichkeitskult

Sowjetunion

Puls im K-Takt

Trotz gelegentlich erwähnter Verurteilung des Persönlichkeitskultes Stalins, geht Chruschtschew langsam, aber sicher den gleichen Weg. Schon erscheinen «Tatsachenberichte» sowjetischer Heeresführer aus dem letzten Krieg, in welchem Chruschtschew nicht nur als führender Parteiorganisator, sondern auch als militärisches



«Die Bereitschaft des Friedens».

Friedrich Heiss, «Deutschland zwischen Tag und Nacht», Volk und Reich Verlag, Berlin, 1934.

Genie dargestellt wird. Schon gibt es Zeitungsartikel und «literarische» Werke, in welchen die Bewunderung für die Vielseitigkeit des derzeitigen Führers und für seine «tiefen Kenntnisse» auf allen Gebieten der Kunst, der Wissenschaft und der Technik ausgesprochen wird. Schon ist mehrfach der Ausdruck «Vater» und «väterlich» gebraucht worden.

Es ist bezeichnend für die heutige Stimmung und für die Entwicklung des Persönlichkeitskultes Chruschtschews, dass der in den Kreisen der sowjetischen Wissenschaftler als ausgesprochener Stalinanhänger und Parteikarrierist bekannte Lyssenko (siehe Curriculum KB Nr. 9), welcher im Jahr 1948 zusammen mit Schdanow die Säuberung der landwirtschaftlichen Akademie und unter den sowjetischen Biologen durchführte und nach 1956 für längere Zeit von der Bildfläche verschwand, nun wieder zu Ehren kommt. Kürzlich wurde Lyssenko zum Präsidenten der Akademie der landwirtschaftlichen Wissenschaften «gewählt». Er versprach schon in seiner ersten Rede vor den Mitgliedern der Akademie, dass der friedliche Zustand, als jeder in wissenschaftlichen Fragen an das glaubte, an was er wollte, nun aufhören wird. Er schüchterte seine Gegner mit den Hinweisen auf die Aussagen Chruschtschews über die Probleme der biologischen Wissenschaft und auf die Gültigkeit der Gesetze des dialektischen Materialismus für die Biologie.

Dieser Tage wurde aber Lyssenko vom Kosmonauten Titow übertroffen. In den Beschreibungen seines kosmischen Fluges, die in der «Prawda» veröffentlicht wurden, schrieb er, dass nach Feststellungen der ihn während des Fluges um die Erde beobachtenden Aerzte sein Pulsschlag und seine Atmung sich wesentlich verbesserten, nachdem er das Glückwunschtelegramm Chruschtschews in der Kabine des Weltraumschiffes gelesen hatte. Man kann nur bedauern, dass bis jetzt noch nichts über die Wirkung der Telegramme Chruschtschews auf die Magen- und Darmtätigkeit bekannt ist.

*

Aus den Presseberichten zu Beginn des neuen Schuljahres (1. Sept.) geht hervor, dass die Russische Republik zurzeit 20 Millionen Schüler aufweist. 370 000 von ihnen besuchen Internatsschulen. Unter den nächsten Zielen wird die allgemeine Einführung eines elfjährigen Schulobligatoriums genannt, ferner der Ausbau des Fremdsprachenunterrichts.

Justiz

SBZ

Arbeiter und Bauern

Die jetzt täglich, selbst an Sonntagen, vor den Kreis- und Bezirksgerichten der Sowjetzone abgewickelten Prozesse gegen Bürger des «Arbeiter- und Bauernstaates», die nach den Ereignissen des 13. August den SED-Funktionären ihre wahre Meinung über die Politik der SED und der Sowjetzonen-Regierung zu sagen wagen, zeigen, dass es fast ausschliesslich Arbeiter und Bauern sind, die jetzt von der SED-Justiz in die Gefängnisse geworfen werden. Die Zahl der seit dem 13. August stattgefundenen Prozesse hat nach 14 Tagen die 500 bereits überschritten. Dabei fällt auf, dass die Freiheitsstrafen, die sich in der ersten Woche nach dem 13. August im Durchschnitt zwischen sechs und acht Monaten bewegten, in den letzten Tagen weit höher ausfallen. Sie liegen jetzt vielfach zwischen neun und fünfzehn Monaten, teilweise bei zwei und drei Jahren.

Allen Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 25 Jahren ist ab sofort die Fahrt mit dem Sowjetzonen-Führerschiff «Sassnitz», das zwischen Sassnitz/Rügen und Trelleborg verkehrt, verboten. Dieses Verbot, so wurde auf einem Einwohnerforum in Sassnitz mitgeteilt, sei notwendig geworden, «weil die stinkenden Ratten von Menschenjägern ihr Tätigkeitsfeld von Berlin an die Ostseeküste verlegt haben». Es wurde weiter mitgeteilt, dass sich «in letzter Zeit zahlreiche Jugendliche in Güterwagen versteckt haben, um so nach Trelleborg abzuspringen».

(Informationsbüro West, Berlin)

«Zweifelloos hat jede Nation das Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Nur stellt sich die Frage: Wer spricht im Namen der Nation? Im Namen der Nation kann heute nur die Arbeiterklasse (= Partei) sprechen, die mit den Bauern, der fortschrittlichen Intelligenz und allen friedliebenden (= kommunistischen) Menschen verbündet ist.» «Bauern-Echo», Ostberlin.

«Der Friede muss bewaffnet sein.» Ulbricht in seinem «Dankschreiben an die Angehörigen der bewaffneten Kräfte» («Neues Deutschland», 2. September).

«Die Sache des Friedens und der Völkereinfriedung wird siegen.»

«Sowjetskaja Rossija», 31. August 1961.



Gebrauchsterminologie im Osten

Proletarischer Internationalismus

«Die Einheit des Proletariats im Kampf zur Vernichtung des kapitalistischen Sklaventums und zum Aufbau des Kommunismus, zur Verteidigung der Freiheit, Unabhängigkeit und Gleichheit aller Völker, ihrer Zusammenarbeit und Freundschaft» («Grosse Sowjetenzyklopädie», Band 18). Ziel des proletarischen Internationalismus ist Aufbau des Sozialismus (Kommunismus) im eigenen Land einerseits und Solidarität mit der Arbeiterbewegung anderer Länder andererseits.

In letzter Zeit fällt in der kommunistischen Literatur das Wort «proletarisch» meistens aus, wohl mit Rücksicht auf die Friedensbewegung, die alle «kriegsfeindlichen» (lies sowjetfreundlichen) Elemente umfasste, ohne Rücksicht auf Klassenunterschiede (beispielsweise lässt sich der Grossgrundbesitzer und Multimillionär Ben Bella nicht gut als «Proletarier» bezeichnen).

Als neuer Begriff zur Bezeichnung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern taucht nun der «sozialistische Internationalismus» auf, «eine neue Qualität des proletarischen Internationalismus» (Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Berlin, 1960).

Kosmopolitismus

(Internationalismus mit negativem, weil westlichem Vorzeichen.) «Eine reaktionäre bürgerliche Ideologie, welche die nationalen Traditionen und die nationale Souveränität verwirft ... und die Errichtung eines Weltstaates und einer Weltbürgerschaft fordert... Gegenwärtig stellt der Kosmopolitismus die ideologische Waffe der imperialistischen Reaktion, den ideologischen Deckmantel der aggressiven Politik der monopolistischen Kreise der USA und Grossbritanniens dar...» Der Internationalismus geht von den Klasseninteressen des Proletariats, der Kosmopolitismus von jenen der Bourgeoisie aus («Grosse Sowjet-Enzyklopädie», Band 23). Praktisch heisst das: der Internationalismus, der die Sowjetführung anerkennt, ist proletarischer Internationalismus, und Internationalismus, der sie nicht anerkennt, ist Kosmopolitismus.

Ein gutes Beispiel für die Behandlung inhaltsgleicher Begriffe durch die kommunistische Dialektik.

BRIEFE

Osthandel

Die zum Thema «Zentralstelle zur Lenkung des Osthandels» eintreffenden Leserbriefe und Pressestimmen werden vom SOI geprüft und ausgewertet. Der Grossteil der Leser stimmt prinzipiell einer politischen Lenkung des Osthandels zu (z. T. mit Belegen über bestimmte zu verurteilende Wirtschaftskontakte mit dem Osten). Eine Minderheit tritt für totales Embargo dem Osten gegenüber ein. Wir lassen je ein Beispiel folgen.

In die Schranken weisen

Ihre Bemühungen, den Osthandel in die ihm zustehenden Schranken zu lenken, unterstütze ich voll und ganz. Wie ja alle Bemühungen, die den Westen gegenüber dem Osten in die Offensive bringen können, unbedingt besser ausgeschöpft wer-

den sollten. Es freut mich, wenn eine Organisation zustande kommt, die die westlichen Demokratien endlich eine einzige Linie gegenüber der kommunistischen Gefahr einnehmen lässt und mithilft, auf einem Teilgebiet zumindest doch gewandter gegen Provokationen aufzutreten als wir es leider im Falle von Berlin wieder einmal erleben mussten. W. S. in Steffisburg

Anderer Name für Profit

Wenn Sie schreiben, wir sollten keinen profitbringenden, sondern politisch nützlichen Osthandel betreiben, so ist das doch nichts anderes als ein Freipass, um weiterhin Osthandel zu treiben. Wenn nämlich dieser Handel nicht mehr profitbringend sein darf und soll, so wird er doch einfach unter dem Deckmantel «politisch nützlich» weiterhin betrieben.

H. R. H. in Olten

Wertvolle Hinweise und Anregungen hat die Pressediskussion um diese Frage gebracht. Der Vorschlag, die «Zentralstelle» zur politischen Lenkung des Osthandels durch die NHG bilden zu lassen (siehe «Unsere Meinung», Seite 1), stammt von den «Luzerner Neuesten Nachrichten» (Fred Hirs in den LNN vom 19. August).

Red. KB

Wirtschaft

Polen

Dringlich Papier

Ein Dilemma der polnischen Wirtschaft: Die Papierknappheit ist in letzter Zeit so deutlich geworden, dass die Auflage von Zeitungen aus diesem Grunde eingeschränkt werden musste, und andere Publikationen ihr Erscheinen überhaupt einstellen mussten. Andererseits stellt Papier einen wertvollen Exportartikel dar, der dringend benötigte Devisen einbringt.

Die von der Wochenzeitschrift «Zycie Gospodarcze» geforderte Lösung heisst natürlich Drosselung der Ausfuhr, denn der Mangel betrifft nicht nur Lehrmittel, Bücher und Zeitungen, sondern auch Propagandaschriften. Diesen Punkt betont die führende Wirtschaftszeitung des Landes in ihrem Artikel ausdrücklich, wenn auch die kulturellen Belange zuerst erwähnt werden.

Im vergangenen Jahr exportierte Polen 38 000 Tonnen Papier, nahezu zehn Prozent der Gesamtproduktion des Landes.

Allein in Warschau mussten laut «Prawo i Zycie» letztes Jahr 1160 Minderjährige unter 13 Jahren vor Gericht gestellt werden, was 43 Prozent aller behandelten Fälle von Jugendkriminalität ausmachte. (Ueber das zunehmende Delinquententum von Jugendlichen in Polen siehe KB Nr. 29.)

Die Buchbesprechung

Nemzetör

In deutscher Ausgabe «Freiheitskämpfer» Monatszeitschrift der ungarischen Schriftsteller des Freiheitskampfes. Redaktor der bimensuellen ungarischen Originalausgabe ist Tibor Tollas, der Schriftsteller, der auf Grund seiner Gegnerschaft zum kommunistischen Regime ein Jahrzehnt in kommunistischen Gefängnissen verbrachte. Die Zeitschrift setzt sich nicht zuletzt in den Entwicklungsländern ein, um den vom westlichen Kolonialismus befreiten Völkern das Los der vom kommunistischen Kolonialismus unterdrückten Völkern vor Augen zu führen.

In der Schweiz zu beziehen durch Herrn Hans Gut-Zehnder, Pelikanstrasse 6, Zürich.

Curriculum der Woche

CHEDDI JAGAN

In British Guayana mit der Bildung der ersten Regierung unter der innern Selbstverwaltung beauftragt, die seit diesem Monat in Kraft getreten ist. Seine linksgerichtete Progressive Volkspartei errang bei den Parlamentswahlen vom 21. August 20 von 35 Sitzen. Der kommunistenfreundliche Jagan fordert schnellste Unabhängigkeit der Kolonie (die neue Verfassung sah die volle Autonomie erst ein Jahr nach den letzten Generalwahlen vor) und sucht zur Entwicklung seines rückständigen Landes sofort Kredite in der Höhe von 200 Millionen Pfund.

Geboren 1918 in Port Mourant. Mittelschule in Georgetown (Hauptstadt Britisch Guayanas), darnach Studien in Washington und Chicago, wo er sich als Zahnarzt ausbilden liess und auch in Soziologie promovierte.

Nach seiner Rückkehr rasche politische Laufbahn. 1945 bis 1947 Generalsekretär des Verbandes der farbigen Bevölkerung des Landes und Gewerkschaftsführer. 1947 bis 1953 Mitglied des gesetzgebenden Rates. 1950 gründete er die Progressive Volkspartei, die zu dieser Zeit vor allem als nationale Unabhängigkeitspartei betrachtet wurde. 1952 Besuch in der Sowjetunion und kurz darauf Teilnahme an einer Jugendkonferenz in Ostberlin.

1953, nach Annahme einer neuen Verfassung siegt seine Partei bei den Wahlen. Jagan figuriert als Minister in der vom britischen Gouverneur geführten Regierung, wird aber einige Monate darauf wegen kommunistischer Agitation abgesetzt und für sechs Monate inhaftiert.

Nimmt darnach unverzüglich die politische Betätigung wieder auf und führt 1957 die Progressive Volkspartei zu einem neuen Wahlsieg. Wird Leader der Parlamentsmehrheit und Minister für Handel und Industrie. Im März 1960 Chefdelegierter seines Landes an der neuen Verfassungskonferenz in London. Ueber sein zukünftiges Vorgehen sind die Ansichten der Beobachter geteilt. Glaubte man zunächst, er werde raschmöglichst dem kubanischen Beispiel folgen, so hält man es heute für wahrscheinlicher, dass er grössere ausländische Investitionen in Guayana fördern will, ehe er zur Verstaatlichung schreitet. Der Zuckerelexport des Landes hat durch das amerikanische Handelsembargo gegen Kuba einen grossen Aufschwung erfahren.

Bulgarische Baufachleute und Bauarbeiter werden für Arbeit in der Tschechoslowakei rekrutiert, wohin sie in Gruppen von 80 bis 100 Mann verschickt werden. Zahlreiche Angeworbene entfliehen aber ihrer Aufsicht und suchen auf eigene Hand in der CSSR Arbeit zu bekommen, wo die Lebensbedingungen günstiger sind. Die bulgarischen KP-Vertreter verlieren weitgehend die Kontrolle über ihre Landsleute; die einberufenen Versammlungen werden kaum besucht. Viele der Bulgaren hätten sich nach der CSSR in der Hoffnung anwerben lassen, nach dem Westen zu entfliehen.

Unser Memo

Der heutigen KB-Nummer liegt ein Unterschriftenbogen bei. Es ist von Ungarn für Ungarn verfasst und fordert: 1. den Abzug aller fremden Truppen aus Ungarn; 2. das Selbstbestimmungsrecht für Ungarn; 3. freie Wahlen unter internationaler Kontrolle.

Die Fragen erheben sich: Was kann eine solche Aktion schon nützen? Hat der Westen seine Ohnmacht im Falle Ungarn nicht schon zur Genüge demonstriert? Muss er partout an seine Blamage erinnern und sich eine neue holen?

Die Einwände sind in dem Sinne zutreffend, als Moskau nach Einsicht der Unterschriften Ungarn seine Freiheit nicht zurückgeben wird. Anders sind die Einwände unberechtigt.

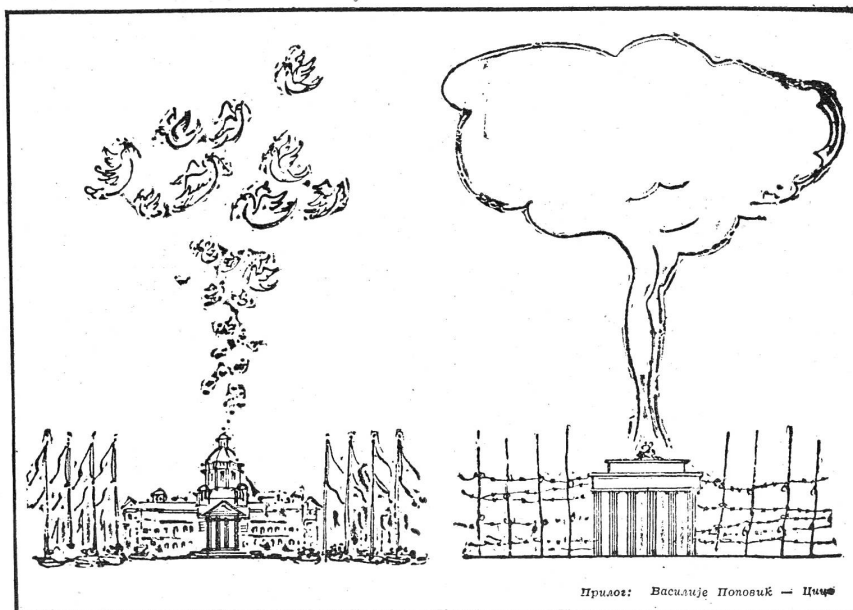
Die Aktion ist nützlich. Sie bringt den Widerspruch Moskaus wieder in das Bewusstsein der Welt, nach aussen hin das Selbstbestimmungsrecht zu propagieren, es seinen eigenen Satelliten aber vorzuenthalten. Das Argument hat heute «rein werbetechnisch» gesprochen erhöhte Aktualität und Zugkraft, da alle Kolonien Selbstbestimmung fordern und erhalten. Die kommunistische Propaganda ignoriert oder vernebelt diesen Widerspruch. Sie überträgt den Kampf offensiv auf andere Beeinflussungsgebiete, um ihre Schwäche zu tarnen. Aber sie besteht und muss von uns genützt werden. Unablässig. Dass sich Moskau zur Defensive veranlasst fühlt. Wir forderten das allgemein in unserem letzten Memo. Hier ist ein gutes Beispiel für praktisches Vorgehen.

Der Westen demonstriert seine Ohnmacht im Falle Ungarn und anderer versklavten Nationen dadurch, dass er nichts unternimmt. Durch seine Tat aber (und eine Unterschriftenaktion ist in der heutigen Form der Weltkriegsführung eine solche) demonstriert er tatsächlich seine potentielle Macht: die Macht der Wahrheit gegen die dialektischen Künste der Lüge. Diese kann nur temporär gewinnen. An uns aber liegt es, dafür zu sorgen, dass sie nicht ihren temporären Sieg über unsere Generation und unsere Welt davontrage.

Dass sich der Westen an seine «Blamage», seinem häufigen Versagen erinnert, ist den geknechteten Völkern gegenüber sogar seine Gewissenspflicht. Das soll uns die satte Ruhe rauben und unsere Zufriedenheit stören. Es besser machen, heisst die Konsequenz. In unserem Falle ist es «besser», den Protest, den wir nach seinem ersten Verhalten beiseite legten wie ein Modeartikel der letzten Saison, so lange zu wiederholen, bis er nützt: den Gegner stört, den Unbeteiligten stütz macht, den Freund befeuert. Der direkte Nutzen kann lange auf sich warten lassen. Es ist ein Grund mehr, sofort zu beginnen.

Die internationale Unterschriftensammlung wird von «Nemzetör», der Zeitschrift der Schriftsteller des ungarischen Freiheitskampfes (siehe Buchbesprechung) durchgeführt.

(Wir legen unsern Lesern heute dazu noch ein Exemplar der in Westberlin für den Osten erscheinenden «Tarantelpresse» bei, eine Form der wirksamen westlichen Offensive in den geknechteten Raum.)



Pilzzüchter in Belgrad und Berlin

Eine Wolk von Friedenstauben — und eine Atombombenwolke, das ist der Vergleich, den die jugoslawische Zeitung «Nowa Makedonija» zwischen der Belgrader Neutralistenkonferenz und der Berliner Krise zog. Allerdings wird der Atompilz über dem Brandenburger Tor «unparteiisch» dargestellt, ohne speziellen Hinweis auf den Bruch des Atomfriedens durch Moskaus einseitige Wiederaufnahme der Nuklearwaffenversuche (die Zeitung erschien am 3. September, bevor die Washingtoner Erklärung über die amerikanischen Versuche vorlag) durch Moskau.

Diese «unparteiische» Haltung zugunsten des Kremls zeichnete überhaupt allgemein die Konferenz der «Blockfreien» aus, die sich — mit Ausnahmen — den kommunistischen Slogans vom Kampf gegen den Kolonialismus (wobei nur der absterbende Kolonialismus des Westens, nicht aber der totalitäre Kolonialismus des Ostens gemeint

war) und für den Frieden. (Der Westen darf sich gegen kommunistische Aggressionen nicht wehren) anschlossen.

Triumphierend kommentierte denn auch die «Prawda»: Die unabhängigen Staaten Asiens und Afrikas sind sich immer mehr bewusst, dass das pazifistische Banner bereits hinfällig geworden ist, und dass es keine neutrale Haltung gibt und geben kann in Fragen des Kampfes für den Frieden und gegen den «Kolonialismus.» Man beachte: Neutralität und «Pazifismus» wird abgelehnt; friedliche Koexistenz ist etwas ganz anderes, die Mahnung an den Gegner, nicht zurückzuschlagen. Zeit, dass man sich diese Definition merkt.

Das Papiergeschütz

Die «aggressiven» Absichten der Türkei, Pakistans und Persiens suchte die sowjetische Armeezeitung «Krasnaja Swesda» (Der Rote Stern) mit der Veröffentlichung von «Geheimdokumenten» zwischen diesen CENTO-Staaten zu belegen. Die betreffenden Regierungen haben inzwischen diese «Beweise» als Fälschungen zurückgewiesen. Das hindert selbstverständlich die sowjetische Presse nicht, das Thema der orientalischen «imperialistenfreundlichen Regimes», welche (im Unterschied zu den sowjetischen Nuklearwaffendrohungen) «den Frieden bedrohen», weidlich auszuschlachten, um die kommunistischen bewaffneten Agitationsabsichten in diesen Gebieten zum voraus zu legitimieren. Wo der Kommunismus feindliche «Aggressionspläne enthüllt», kann man nahezu sicher sein, dass eine kommunistische Aggression in dieser oder jener Form bevorsteht. Die Entrüstung des sowjetischen Wolfes über das provokative Benehmen der Lämmer wächst von Tag zu Tag. Der Ausgang des Geschehens wird der gleiche sein wie in der Fabel von Phaedrus, sofern sich die nichtkommunistischen Länder weiterhin in die Rolle der Lämmer drängen lassen.

